

Für eine neue  
Gesellschaftsdebatte

# Neue Gerechtigkeit durch mehr Freiheit

Ronald Pofalla

Gerechtigkeit wird häufig als die Jungfrau Justitia mit verbundenen Augen dargestellt, die in der einen Hand eine Waage, in der anderen ein Schwert hält. Würde diese Justitia heute die Gerechtigkeit in Deutschland messen, ständen die Waagschalen in einem starken Ungleichgewicht: Die soziale Herkunft der Eltern bestimmt zum großen Teil den Bildungserfolg und damit die beruflichen Möglichkeiten ihrer Kinder. Die Chancen für ältere Arbeitslose, wieder eine Beschäftigung zu finden, sind minimal; und wenn man arbeitet, hat man nicht zwangsläufig mehr, als wenn man nicht arbeitet. Hinzu kommt: Paare, die sich für Kinder und damit die Zukunft unseres Landes entscheiden, müssen vielfach erhebliche finanzielle Einschnitte verkraften, und für viele Frauen scheidet die Verbindung von Familie und Beruf bereits an den staatlichen Rahmenbedingungen der Kinderbetreuung. Mit anderen Worten: Der deutsche Sozialstaat ist ineffizient und mitunter sogar die Ursache für Schiefen bei der sozialen Gerechtigkeit – und das, obwohl wir heute so viel Geld für Soziales ausgeben wie noch niemals zuvor.

Dies sind unangenehme Wahrheiten für jeden, der sich den Grundwerten Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität verpflichtet fühlt. Sie sind auch die Folge eines überholten Gerechtigkeitsbegriffes, der es in der Politik in den letzten Jahren und Jahrzehnten verhindert hat, mit teilweise unpopulären, aber richtigen Weichenstellungen der immer größer werdenden Probleme Herr zu werden.

Aufgrund der Versäumnisse der Vergangenheit stehen wir heute gemeinsam in einer großen Koalition vor einer Wegabelung: Entweder wir verweigern uns weiter der Realität, selbst wenn dies die Schiefen in unserem Land weiter verschärft. Oder wir stellen uns der Wirklichkeit und schaffen mit der Kraft der Freiheit und der Kraft des Zusammenhalts eine neue Gerechtigkeit.

Für die CDU ist die Antwort auf diese Frage angesichts struktureller Massenarbeitslosigkeit, demografischer Entwicklung und globalen Wandels klar: Wir müssen neue Pfade gehen. Wir brauchen ein neues Verständnis von Gerechtigkeit, das nicht nur zurück, sondern auch wieder nach vorne blickt. In der Industriegesellschaft des neunzehnten und zwanzigsten Jahrhunderts stand noch der Schutz des Arbeitnehmers vor Ausbeutung im Mittelpunkt. Sozialversicherungen, Mitbestimmung, Betriebsverfassung, Tarifautonomie oder Lohnfortzahlung im Krankheitsfall waren die richtigen Antworten. Heute lässt sich die Frage nach Gerechtigkeit mit eindimensionalen Verteilungskriterien allein nicht mehr gültig beantworten. Es geht vielmehr um einen umfassenderen Gerechtigkeitsbegriff, der den veränderten Wirklichkeiten Rechnung trägt. Unser Leitbild ist deshalb eine Politik der Neuen Gerechtigkeit.

## Chancengerechtigkeit

Herkunft darf nicht die Zukunft bestimmen. Unabhängig davon, ob man als Arbeitersohn oder Professorentochter gebo-

ren wird, müssen die staatlichen Startchancen, sich zu entwickeln, zu bilden und seinen Platz in der Gesellschaft zu finden, für alle in gleicher Form gegeben sein.

Moderne Sozialpolitik darf sich deshalb nicht nur auf die rein quantitative Umverteilung von Geld beschränken. Sie muss vor allem bei dem Einzelnen ansetzen und individuelle Hilfestellungen leisten – egal, ob jung oder alt, unabhängig von sozialer Herkunft und Religion. Jeder muss eine faire Chance zur Lebensgestaltung haben. Deshalb ist es richtig, dass die große Koalition den Einzelnen stärkt und ihn so befähigt, in einer veränderten Welt seine Chancen zu finden. Wir dürfen dabei aber nicht stehen bleiben. Die CDU muss klarstellen: Das Bildungssystem der Zukunft muss sich an alle Sozial- und Altersgruppen wenden. Frühkindliche Bildung und gute Erziehung dürfen keine sozialen Privilegien sein, sondern müssen Gültigkeit für jede und jeden Einzelnen haben. Lebenslanges Lernen muss der Standard werden. „Weiterbildung mit fünfzig“ statt „Rente ab sechzig“ ist sowohl sozial gerechter als auch wirtschaftspolitisch vernünftiger. Neben dem Zugang zu Bildung bestimmt der Zugang zu Arbeit das Maß an Chancengerechtigkeit einer Gesellschaft. Die größte Ungerechtigkeit in Deutschland ist die Massenarbeitslosigkeit. Sie grenzt Menschen aus, untergräbt die soziale Sicherheit und die Einnahmehasis des Staates. Vor allem ältere und gering Qualifizierte werden heute vielfach dauerhaft von der eigenständigen Finanzierung des Lebens ausgeschlossen.

Die Ermöglichung von Arbeit und eigenen Erwerbseinkommen hat daher eine Schlüsselbedeutung. Gerecht ist, was Arbeit schafft! Deshalb ist es richtig, dass die große Koalition durch die Weiterentwicklung des Kündigungsschutzes und die Entlastung von Bürokratie die Chancen für mehr Arbeitsplätze erhöht. Doch auch hier müssen wir weitere Schritte gehen.

Deshalb ist es richtig, dass die CDU klarstellt: Die betrieblichen Bündnisse für Arbeit bleiben auf der Tagesordnung. Ein gemeinsames Anliegen der großen Koalition ist die Umsetzung der alten CDU-Kernforderung, Kombilöhne auf dem Arbeitsmarkt einzuführen.

Chancengerechtigkeit ist für die CDU auch ein Gebot in globalen Fragen. Deutsche Entwicklungszusammenarbeit muss einen wirksamen Beitrag zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der ganzen Welt leisten, damit die Menschen auf allen Kontinenten an den Chancen der Globalisierung in Freiheit teilhaben können. Diese Solidarität ist sowohl Ausdruck unseres christlichen Menschenbildes als auch Bestandteil einer vorsorgenden Politik für unsere eigene Sicherheit. Mit den richtigen Rahmenbedingungen – auf dem Boden der Sozialen Marktwirtschaft und in einer Weltfriedensordnung – können alle Länder zu Gewinnern der Globalisierung werden.

### Generationengerechtigkeit

Für jede Generation muss eine faire Balance zwischen Eigenverantwortung und Solidarität gefunden werden. Alte Gerechtigkeitspolitik ist auf die Gegenwart und auf eine horizontale Umverteilung beschränkt. Sie führt zu einer immer stärkeren Belastung der kommenden Generationen in der Finanz- wie in der Sozialpolitik. Die Neue Gerechtigkeit muss Lasten und Leistungen von heute und morgen zwischen Alt und Jung fair verteilen. Deshalb ist es richtig, dass die große Koalition die Konsolidierung des Haushaltes vorantreibt. Sie schafft damit eine neue finanzielle Gerechtigkeit zwischen den Generationen und sichert die Zukunft des Landes – auch wenn dies mit harten Einschnitten verbunden ist. Genauso richtig ist es, dass wir mit Augenmaß vorgehen und klarstellen, dass die Renten aus Respekt vor der Lebensleistung nicht gesenkt werden. Generatio-

nengerechtigkeit ist auch das entscheidende Kriterium für den notwendigen Umbau der sozialen Sicherungssysteme. Jede Generation muss ihren Beitrag leisten, damit wir soziale Sicherheit heute und morgen gewährleisten können. Dazu zählt nicht nur die Wirtschaftskraft des Einzelnen. Dazu zählt auch, als Eltern Verantwortung zu übernehmen und Kinder großzuziehen. Deshalb ist es richtig, dass die große Koalition das Umlagesystem der sozialen Sicherung durch ein kapitalstockgestütztes System ergänzt, die Lebensarbeitszeit verlängert und mehr Wettbewerb im Gesundheitswesen einführt.

Diese Neuausrichtung der Finanz- und Sozialpolitik darf aber nicht von kurzer Dauer sein. Deshalb ist es notwendig, dass die CDU auch in künftigen Wahlkämpfen den Kurs der Klarheit und Verlässlichkeit fortsetzt und klar macht: Nur wenn es gelingt, die Massenarbeitslosigkeit abzubauen und neue sozialversicherungspflichtige Beschäftigung zu schaffen, werden wir die Probleme auf dem Gebiet der sozialen Sicherheit lösen. Deshalb ist richtig, dass für die CDU Vorfahrt für Arbeit weiter oberste Priorität hat.

Dabei ist es wichtig, die Balance zwischen dem wirtschaftlichen Wohlergehen der Menschen und der Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen zu erhalten. Generationengerechtigkeit bezieht sich auch auf den Schutz von Umwelt und Natur. Die Generation der Kinder und Enkelkinder hat einen Anspruch auf intakte Natur, reine Luft und saubere Gewässer. Faire Lebenschancen im ökologischen Bereich können wir erreichen, indem wir unter anderem auf einen breiten und nachhaltigen Energiemix setzen, die Verbraucher und Unternehmen von steigenden Energie- und Rohstoffpreisen entlasten und gleichzeitig Erdatmosphäre und Umwelt schützen. Dies ist der beste Weg, um Generationengerechtigkeit im umfassenden Sinn zu verwirk-

lichen, also in ökologischer, wirtschaftlicher, finanzieller und sozialer Hinsicht.

## Leistungsgerechtigkeit

Die Leistungsträger in allen Schichten unseres Landes müssen ermutigt und belohnt werden. Denn Hilfe für Bedürftige kann nur in dem Maße sichergestellt werden, wie Beschäftigte und Unternehmer durch ihre wirtschaftliche Leistung die Voraussetzung für die staatliche Unterstützung schaffen. Deshalb ist es richtig, dass die große Koalition mit dem Wachstumsgesetz und der Senkung der gesetzlichen Lohnzusatzkosten die Nettoeinkommen erhöht und so einem unverzichtbaren Grundsatz wieder Geltung verschafft: Leistung muss sich wieder lohnen.

Doch Leistungsgerechtigkeit bedeutet auch, dass starke Schultern mehr tragen als schwache. Wenn Reiche sich arm rechnen und keine Steuern zahlen, wird dies infrage gestellt. Deshalb ist es notwendig, dass die CDU Wege aufzeigt, wie unser Steuersystem transparent gemacht, Steuerschlupflöcher geschlossen und damit die finanziellen Lasten fair verteilt werden können.

## Familiengerechtigkeit

Das traditionelle Familienbild mit dem Mann als Alleinverdiener und der Frau als Mutter und Hausfrau entspricht heute vielfach nicht mehr der Lebenswirklichkeit. Zum einen werden die Formen der Arbeitswelt immer differenzierter. Zum anderen war das Bildungsniveau vieler Frauen nie so hoch wie heute; daraus ergeben sich neue berufliche Perspektiven.

Auf diese grundlegende gesellschaftliche Veränderung reagiert die Bundesregierung vor allem mit dem Elterngeld, mit mehr Verständnis für die Lebenswirklichkeit von Doppelverdienern und neuen Anreizen für junge Paare.

Doch das allein reicht nicht aus. Denn Familien und Kinder verdienen den Ein-

satz aller. Von ihnen hängt die Zukunft Deutschlands ab. Die CDU tritt deshalb dafür ein, dass die Krankenversicherungskosten für Kinder vor allem über Steuern – und damit von allen – statt wie heute nur vom Kreis der gesetzlich Versicherten finanziert werden. Niemand soll sich aus der Solidarität freikaufen können. Alle müssen für die Zukunft der Gesellschaft ihren Beitrag leisten. Die Verbesserung der Betreuungsangebote für frühkindliche Erziehung, aber auch ein Umdenken in den Betrieben wären Schritte auf dem Weg in eine moderne, zukunftsfeste Gesellschaft, die die Potenziale von Familien weckt.

Chancengerechtigkeit, Generationengerechtigkeit, Leistungsgerechtigkeit und Familiengerechtigkeit – nur mit diesem modernen Gerechtigkeitsverständnis, das wirtschaftliche Notwendigkeit und soziale Verantwortung miteinander verbindet, bleibt das Fundament der sozialen Sicherung stabil. Gleichwohl erfordert Neue Gerechtigkeit auch weiterhin eine Umverteilung von den Starken zu den Schwachen, von den Reichen zu den Armen, von den Gesunden zu den Kranken. Niemand ist gefeit davor, den Arbeitsplatz zu verlieren, krank, bedürftig oder arbeitsunfähig zu werden. Jeder muss die Hilfe bekommen, die er braucht. Diese Hilfe soll vor allem zur Selbsthilfe befähigen und die Menschen in die Lage versetzen, am Leben der Gemeinschaft teilzuhaben. Unterstützung, die wie bisher zur Passivität anregt und nur auf staatliche Alimentierung setzt, ist zu wenig.

Die Neue Gerechtigkeit darf deshalb nicht auf Hilfe und Sozialtransfers fixiert bleiben, sondern muss auch auf Freiheit und Eigenverantwortung setzen. Für die CDU ist klar: Neue Gerechtigkeit verteilt nicht einen einzigen immer kleiner werdenden Kuchen möglichst „gerecht“. Sie sorgt dafür, dass möglichst viele in der Lage sind, für sich selbst einzustehen, damit der Kuchen insgesamt wieder größer

wird. Damit dies gelingt, brauchen wir wieder mehr Freiheit, die eigenen Chancen zu nutzen und Talente zu entfalten. Mehr Freiheit, die eigene Verantwortung wahrzunehmen und Gemeinsinn zu stiften – ob in Familien, Betrieben, Vereinen, Stiftungen oder Schulen. Ohne Freiheit gibt es keine Gerechtigkeit, ohne Gerechtigkeit keine Freiheit. Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität sind keine Gegensätze, sondern bedingen einander gegenseitig. Entscheidend für die Zukunft unseres Landes ist deshalb, dass wir diese drei Grundwerte wieder zu einem harmonischen Dreiklang zusammenfügen. Diese Frage wird daher auch die Weiterentwicklung des Grundsatzprogramms der CDU in den kommenden Jahren stark bestimmen.

Die CDU hat mehrfach in der Geschichte der Bundesrepublik gezeigt, dass sie die Kraft hat, nach vorne zu denken und die Weichen richtig zu stellen – auch wenn Widerstände dabei zu überwinden waren. Konrad Adenauer und Ludwig Erhard sind in einer Zeit schlimmsten Mangels nicht für mehr Staat und weniger Freiheit eingetreten, sondern haben im Gegenteil eine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung etabliert, die Freiheit, Eigenverantwortung und Wettbewerb mit Solidarität und sozialer Sicherung verbunden hat – die Soziale Marktwirtschaft.

Diese programmatische Kraft braucht und hat die CDU auch heute wieder. Die Soziale Marktwirtschaft muss für das Zeitalter von Globalisierung und Wissensgesellschaft weiterentwickelt werden. Grundlage dieser Weiterentwicklung ist die Idee der Neuen Gerechtigkeit durch mehr Freiheit. Sie stärkt die wirtschaftlichen Fundamente wie den Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Niemand bleibt zurück, aber alle werden sich anstrengen müssen. Wenn wir das schaffen, kommen auch die beiden Waagschalen der Justitia wieder ins Gleichgewicht.